

PRESSEMITTEILUNGPRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.deInternet: <http://www.cdu.ltsh.de>**TOP 27****Martin Kayenburg:****Flutkatastrophe ist auch Chance für die Menschheit, die Verantwortung für „eine Welt“ zu erkennen**

Es ist ein gutes Zeichen für unsere Demokratie, dass es uns gelungen ist, die Not von Menschen trotz heißer Wahlkampfphase, trotz mancher Entgleisungen und grenzwertigen Auseinandersetzungen über unsere parteipolitischen Interessen zu stellen. Wichtig für mich ist auch, dass wir heute als Parlament handeln und nicht alles der Exekutive überlassen. Denn die Versuchung von Regierungen ist groß, mit der unbestreitbar gut gemeinten Hilfe auch Selbstdarstellung zu verbinden. Deswegen sollten wir uns als Landtag auch unmittelbar in das künftige Hilfsgeschehen mit einbinden.

Das schwere Erdbeben im Indischen Ozean hat am 26. Dezember zu Verlusten, Leiden und Tragödien geführt, die wir in ihrer ganzen Tragweite auch heute noch kaum erfassen können. Wir fühlen mit den Menschen, die von dieser furchtbaren Naturkatastrophe heimgesucht wurden und von ihren Folgen unmittelbar betroffen sind. Wir trauern um die Opfer, unter denen auch deutsche Landsleute sind, und haben die Zukunft all derer im Blick, die so schmerzliche Verluste hinnehmen mussten.

Die Menschen rund um den Globus haben die Herausforderung dieser großen Not der Betroffenen angenommen. Die Spendenbereitschaft ist weltweit einzigartig. Auch die Deutschen haben sich großzügig und angemessen beteiligt. Insgesamt spendeten unsere Mitbürger über 400 Millionen Euro (KN, 20.01.05). Dabei darf es überhaupt nicht wichtig sein - auch nicht für Regierungen -, oben auf der Hitliste der Spender zu stehen. Wichtig allein ist der Geist, die Gesinnung, aus der heraus geholfen wird.

Feststellen dürfen wir auch, dass offenbar die eigene wirtschaftliche Situation bei der Spendenbereitschaft der Menschen in unserem Lande keine entscheidende Rolle gespielt hat. Mitgefühl und Spendenbereitschaft, auch gerade derjenigen, die nur kleine Beträge abzwacken konnten, sind bewunderungswürdig. Allen Spendern gebührt unser aufrichtiger Dank.

Neben den zahlreichen Spendern gilt unser Dank, besonders auch den freiwilligen, oft ehrenamtlichen Helfern auch vieler privater Organisationen sowie den Mitarbeitern der staatlichen Stellen - zum Beispiel der Bundeswehr und des BKA -, die den Menschen vor Ort helfen.

Die Flutkatastrophe in Asien ist aber zugleich eine Chance - nicht nur für uns Politiker, sondern für die Menschheit insgesamt - unsere bzw. ihre Verantwortung für die „eine Welt“ zu erkennen und ihr auch nachzukommen. Sie zwingt uns Politiker geradezu, für die entwick-

lungspolitischen Zielsetzungen in einer globalisierten Welt neue Verpflichtungen zu definieren, uns den Problemen der Dritten Welt wieder neu zu stellen und uns damit intensiv auseinanderzusetzen.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 hatten uns die grundlegende Veränderung der geopolitischen Situation mit aller Deutlichkeit ins Bewusstsein gebracht. Seitdem dient die Entwicklungspolitik in ganz besonderer Weise der Verfolgung unserer außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen und nicht so sehr einer eher ethischen Verpflichtung, die auf unserem christlich geprägten Weltbild gründet. Entwicklungspolitik muss vielfältig gestaltet werden. Sie ist und muss genutzt werden als ein Instrument zur Bewahrung und zum Transfer von Stabilität, zur langfristigen Krisenprävention und Krisenbeilegung, zur Entwicklung der einzigartigen Potentiale junger und alter Kulturen und zur Eindämmung von Extremismus, Kriminalität und Terrorismus. Sie muss aber vor allem ein Instrument zur Gestaltung eines menschenwürdigen, selbst bestimmten Lebens in den Entwicklungsländern und der Dritten Welt sein, dessen faire, uneigennützig Anwendung wir gemeinsam zu verantworten haben.

Seit der Flutkatastrophe im Indischen Ozean, die die ganze Welt am 2. Weihnachtstag erschütterte, kann die Ausrede „Andere sind Schuld - sollen die doch für die Folgen aufkommen“ nicht mehr gelten. Der humanitäre Grundgedanke der Entwicklungshilfe ist uns wieder bewusst geworden. Das Selbstverständnis zur Hilfe ist größer als das Mitleid. Und das ist gut und richtig so.

Wir beklagen so oft den Werteverfall in unserer Gesellschaft. Und doch: Die Menschheit hat in dieser schwerwiegenden Krise gezeigt, dass sie sich den Grundwerten von Solidarität und Subsidiarität verpflichtet fühlt.

Es ist nun unsere Aufgabe als Politiker, dafür Sorge zu tragen, dass diese großmütige Hilfsbereitschaft nicht durch staatliche Maßnahmen überlagert und evtl. beeinträchtigt wird - Spendenmüdigkeit ist das Letzte, was wir uns leisten können -, und dass die Koordinierung der Fluthilfen Ziel gerichtet und effizient abläuft.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt auch die Pläne und die bereits existierenden Initiativen auf kommunaler Ebene. Damit werden die Kommunen in eigener Verantwortung durch langfristige Hilfspatenschaften mit Städten und Regionen im Krisengebiet für eine dauerhafte Unterstützung und damit für eine nachhaltige Entwicklungspolitik Sorge tragen.

Wir sind im Übrigen der Auffassung, dass das Land in einem vergleichbaren materiellen Umfang wie die Kommunale Familie Schleswig-Holsteins Hilfe leisten und dass das Parlament als Ganzes eingebunden bleiben sollte.

Der Aufbau eines Frühwarnsystems wie im Pazifischen Ozean, das unter anderem durch die Hilfe westlicher Länder möglich war, das sich die betroffenen Länder Asiens - als so genannte Schwellenländer - jedoch nicht leisten können könnte z. B. vorrangig von der offiziellen Politik mitfinanziert werden. Die Hilfsorganisationen werden sich vornehmlich um den Wiederaufbau kümmern. Private Initiativen helfen vor Ort den Kindern, den Alten sowie z. B. den Kranken- und Waisenhäusern, den SOS-Kinderdörfern und auf vielen wichtigen Gebieten. Unsere Aufgabe besteht neben der materiellen Hilfe vorrangig darin, die Verantwortung für die „eine Welt“ wieder allen Menschen bewusst zu machen und diese in den Mittelpunkt unserer Überlegungen und Entscheidungen unserer Politik zu stellen.

Deshalb ist es auch richtig, dass wir mit unserem interfraktionellen Antrag gemeinsam „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten.